

# Entwicklung von Ökosystemen und Landschaften in den Focus nehmen

Linksfraktion debattierte Fragen der Biodiversität u.a. am Beispiel des Hainichs und des Vessertals

Auf Initiative ihres agrar- und forstpolitischen Sprechers, Tilo Kummer, hatte die Linksfraktion im Thüringer Landtag eine Diskussionsveranstaltung zu Aspekten der Biodiversität durchgeführt. Anlass waren teils kontroverse Debatten über die Strategie der Landesregierung, die u.a. den Verzicht auf Holzeinschlag auf einer Gesamtfläche von 25.000 Hektar Wald vorsieht. Dabei ist das Biosphärenreservat Vessertal-Thüringer Wald in den Blickpunkt gerückt.

Entsprechend internationaler Leitlinien sind Biosphärenreservate alle zehn Jahre danach zu überprüfen, ob die Anerkennungskriterien noch erfüllt werden. 2011 steht für das Vessertal die nächste Evaluierung an, bei der auf Grund einer zu geringen Gebietsausdehnung sogar die Aberkennung drohen könnte. Eine Option ist deshalb die Erweiterung des Areal auf gegenwärtig 17.000 auf 30.000 Hektar. Daraus ergeben sich aus Sicht der LINKEN mehrere Kernfragen: Woraus resultiert eigentlich die Notwendigkeit für den forstlichen Nutzungsverzicht in der vorgeschlagenen Größenordnung von fünf Prozent des Landeswaldes? Sollten dafür große zusammenhängende Gebiete oder eher kleinteilige Waldstrukturen ausgewählt werden?

Die Diskussionsrunde war geprägt von der hohen Sachkunde der Referenten. Jürgen Boddenberg von der Landesanstalt für Wald, Jagd und Fischerei gab zu bedenken, dass eine vorge-

gebene Flächengröße, für die ein Aufgeben des Holzeinschlags in Frage kommen könnte, wahrscheinlich eher politisch motiviert als wissenschaftlich begründet sei. Er regte eine behutsame Abwägung der verschiedenen Aspekte an. Wildnis sei kein Wert an sich, insbesondere wenn sie mit einer Reduzierung der Artenvielfalt einhergeht. Beispielsweise sei der Hainich als einzigartiger Buchenwald zwar sehr naturnah, trotzdem in Teilen relativ arm an faunistischen Arten. Der Forstexperte plädierte dafür, von vorhandenen, forstlich wenig interessanten, Sonderbiotopen auszugehen und diese strategisch auszuweiten. Mit dieser „Schrotschussvariante“, ergänzt durch größere zusammenhängende Gebiete, wären 25.000 Hektar Wald ohne Holzeinschlag durchaus ein realistisches Ziel.

## Schützen durch Nutzen

Unterstützung erhielt er von Prof. Dr. Martin Heinze, ehemals Rektor der Fachhochschule für Forstwirtschaft in Schwarzburg, und Dr. Dietrich von Knorre von der Stiftung Lebensraum e. V. Über viele Jahre in der forstlichen Naturschutzarbeit tätig, plädierten beide dafür, Biodiversität nicht als statischen Zustand „per Deklaration“ festzulegen. Vielmehr sollten längere Zeiträume der Entwicklung von Ökosystemen und Landschaften in den Focus

gelangen. Daraus könne sich eine Vielfalt der Arten, aber auch an Populationen und Lebensräumen entwickeln. Dass der Mensch in einer von ihm selbst geschaffenen Kulturlandschaft existiert, sollte nicht unberücksichtigt bleiben. „Schützen durch Nutzen“, war das Credo aller Experten.

„Naturschutz in Deutschland und den USA ist kaum miteinander vergleichbar“, so Katie Leary, Praktikantin in der Linksfraktion, bei ihrer beeindruckenden Präsentation. In den USA würden sich Schutzgebiete teilweise über mehrere Bundesstaaten erstrecken, was auch die Naturschutzgesetzgebung kompliziert gestalte. Zudem würden wirtschaftliche und Eigentumsinteressen Belange des Naturschutzes häufig unterwandern. So hätten es der Grizzlybär oder der Fleckkauz als gefährdete Tierarten ziemlich schwer, ihr Überleben zu sichern. Katie Leary wörtlich: „Es reicht nicht aus, nur Naturschutzgebiete einzurichten, es müssen vor allem die Kommunikation und die Gesetze der einzelnen Bundesländer untereinander stimmen.“

Diese Erfahrung dürfte auch für Deutschland übertragbar sein, weil auch hier im föderalen Rechtssystem eine einheitliche Naturschutzgesetzgebung ziemlich schleppend vorankommt. Thüringen hat z. B. noch keine Anpassung an die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes vom 1. März 2010 vorgenommen.

Dr. Barbara Gläß



## Typisch deutsche Debatte

Es war die weltweite Wirtschaftskrise, die das Fragile des kapitalistischen Wirtschaftssystems wieder ins öffentliche Bewusstsein rückte. Der Kaiser war plötzlich nackt. Das globale Weiterfunktionieren des Kapitalismus konnte nur mit Unsummen an Steuermitteln aus öffentlichen Kassen erreicht werden – noch. Es mutet wie ein Treppenwitz der Geschichte an, dass vor allem diejenigen Politiker und Verbandsfunktionäre, die in den letzten Jahren so gebetsmühlenartig wie aggressiv im Interesse ihrer Klientel das Mantra des „weniger Staat“ gepredigt hatten, nun hurtig und eifrig die „staatlichen Rettungsschirme“ für die Finanzwirtschaft aufspannten – wieder in deren Interesse. Lachen kann man darüber trotzdem nicht, bezahlt wird die Zechen vor allem von den Armen. Auch von der Mittelschicht, die sich erneut freudetrunkener hat darüber betragen lassen, mit wem sie im Boot sitzt. Die Umverteilung von unten nach oben legt an Drehzahl zu.

Unsicherheit macht Angst. Die „Integrationsdebatte“ passt da vorzüglich ins Kalkül. Den Unmut auf bestimmte Bevölkerungsgruppen abzuleiten, war stets beliebtes Herrschaftsinstrument. Die aktuelle, leider typisch deutsche Debatte hat alles: hysterische Überzeichnung, rassistische Ressentiments, kulturkämpferischen Eifer.

Keine Frage: Einwanderer müssen sich an hiesiges Recht und Gesetz halten. Aber sie nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit zu selektieren, ist inhuman. Und die ideologische Figur des „christlichen Abendlandes“ bildet keinen Gesslerhut, den jeder ehrfürchtig grüßen muss, der hier leben will.

Nach der Großen Krise 1929 „beglückte“ Deutschland die Welt mit Adolf Hitler, der sie beinahe in den Abgrund riss. Es ist fraglich, ob es diesmal bei Thilo Sarrazin oder Horst Seehofer bleibt.

## Lebensmittelsicherheit

Am 5. Oktober hatte das Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz das Ressort Soziales und Gesundheit der Linksfraktion des Thüringer Landtages eingeladen mit den Abgeordneten Karola Stange, Matthias Bärwolff, Jörg Kubitzki, der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Cordula Eger sowie den Mentees (Praktikanten) Sebastian Bach und Tina Köhler.

Die Gruppe wurde vom stellvertretenden Amtsleiter, Dr. Lothar Hoffmann, begrüßt, der einen einführenden Vortrag über die Geschichte der Einrichtung hielt. Nach der Errichtung des Amtes mit Abteilungen an verschiedenen Standorten im Jahr 1992 musste die Belegschaft von ca. 900 Mitarbeitern auf gerade einmal 335 Planstellen zusammengestrichen werden, was auch negative Folgen mit sich brachte. So können seitdem weitaus weniger Untersuchungen durchgeführt werden, und an Spezialisten mangelt es ebenfalls. Es fehlen u.a. Fachkräfte im Bereich Hygiene oder Tierärzte für Großtiere. Derzeit sind 285 Mitarbeiter in Bad Langensalza tätig. Neu war für die Politiker der LINKEN auch der bisher bewährte „Austausch von Warengruppen“. Dabei werden Aufgaben und Untersuchungen aus anderen Bundesländern Mitteldeutschlands auf Thüringen

verlagert und umgekehrt. Problematisch ist dabei, dass der so genannte „Probentourismus“, bei dem spezielle Untersuchungen nur in anderen, weit entfernten Einrichtungen durchgeführt werden können, keine Sicherheit bietet, dass eine Institution, die es heute übernimmt, auch noch morgen dafür zuständig ist. Daher gibt es im Amt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz mit anderen Bundesländern Mitteldeutschlands Gespräche über Kooperationen.

Im Anschluss an das Gespräch mit der Verwaltung fand eine Führung durch den modernen Neubau statt, der in den Jahren 2004 bis 2008 für rund 60 Mio. Euro in Bad Langensalza errichtet wurde und zu dem die Labore für Lebensmittel- und Trinkwasseruntersuchung, die Tierpathologie sowie das Sicherheitslabor (u.a. für Untersuchungen des Schweinegrippevirus) gehören.

Sebastian Bach



## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.